

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Gunter Böttcher, Cyrus Zahedy, Christian Lamberti (CDU)
und Fraktion vom 20.05.2009**

Betr.: Schlankes Genehmigungsverfahren für Filmaufnahmen im Bezirk Mitte

Hamburg ist für Filmproduktionen aus dem In- und Ausland sehr interessant. Bestes Beispiel dafür war der Kinofilm James Bond 007 – „Der Morgen stirbt nie“ (1997), der zum Teil in Hamburg gedreht wurde und in denen einige Szenen in Hamburg-Mitte spielen. Es ist ein wichtiger Werbefaktor für Hamburg, wenn an attraktiven Schauplätzen in Hamburg-Mitte wie den Landungsbrücken, der Reeperbahn, in der Innenstadt mit dem Rathausmarkt, um den Michel, in der Speicherstadt, in der Hafencity, usw. nationale wie internationale Serien und Filme gedreht werden und die Bilder von Hamburg „um die Welt“ gehen.

Um die Dreharbeiten für die Filmschaffenden zu vereinfachen, soll ein „schlankes“ Genehmigungsverfahren für Drehgenehmigungen in Hamburg-Mitte eingeführt werden. Ein gutes Beispiel dafür gibt der Bezirk Eimsbüttel. Hier beantragt man eine Drehgenehmigung mit allen Erfordernissen zentral bei einer Stelle. Intern werden dann alle erforderlichen Genehmigungen, wie z.B. straßenrechtliche Genehmigungen (Polizei) eingeholt und den Filmschaffenden als Gesamtpaket zur Verfügung gestellt. Diese Serviceleistung des Bezirks erleichtert es ortsfremden Filmproduzenten, die erforderlichen Genehmigungen auf kurzem Wege zu erlangen und verbessert so insgesamt die Attraktivität für den Dreh- und Filmstandort Hamburg.

Dies vorausgeschickt, möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Bezirk Hamburg-Mitte einen runden Tisch mit den Filmschaffenden in Zusammenarbeit mit der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein GmbH zu initiieren, um die Erfordernisse der Branche herauszuarbeiten.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, für Filmaufnahmen im Bezirk Hamburg-Mitte ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren mit einem zentralen Ansprechpartner als Serviceleistung einzuführen, in dem auch die Anliegen der Anwohner weiterhin hinreichend berücksichtigt werden, und hierüber im Ausschuss Management des öffentlichen Raumes zu informieren.